

Ausgabe Nr. 6 / 14.3.2007

In aller Kürze

- Seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004 gehören acht neue mittel- und osteuropäische Mitgliedsstaaten (NMS-8) zur Europäischen Union. Am 1. Januar 2007 kamen Bulgarien und Rumänien dazu.
- Die Entwicklung von Handel, Kapitalverkehr und Migration zwischen Deutschland und den NMS-8 ist seither durchweg günstig verlaufen:
 - Bei dynamischer Entwicklung des Außenhandels verzeichnet Deutschland hohe Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz.
 - Die befürchtete Billiglohnkonkurrenz auf den Gütermärkten hat nur marginale Preisänderungen verursacht.
- Der reglementierte Arbeitsmarktzugang für Arbeitskräfte aus den NMS-8 hat zu einer moderaten Nettozuwanderung geführt.
- Das IAB hat die positiven Wirkungen der EU-Osterweiterung nun mit Modellrechnungen bis zum Jahr 2011 bestätigt. Es wurden drei Szenarien simuliert, die folgende Effekte zeigen:
 - Auch bei Freizügigkeit der Arbeitskräfte ist mit hohen Wohlfahrtsgewinnen durch Handel und Kapitalverkehr zu rechnen.
 - Freizügigkeit erhöht BIP und Beschäftigung in Deutschland zusätzlich.
 - Lohnwachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit sind mit Freizügigkeit etwas geringer als ohne, aber immer noch spürbar.
 - Von der Veränderung der Sektorstruktur bei Freizügigkeit sind auch positive Arbeitsmarkteffekte zu erwarten.
- Insgesamt kann eine positive Bilanz der EU-Osterweiterung für Deutschland gezogen werden.

Autor/in

**Timo Baas
Herbert Brücker
Elmar Hönekopp**

EU-Osterweiterung

Beachtliche Gewinne für die deutsche Volkswirtschaft

Die Simulation von drei Szenarien bis zum Jahr 2011 zeigt, dass Deutschland von der EU-Erweiterung profitiert – mit oder ohne Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten

Mit der Erweiterung der Europäischen Union (EU) zum 1. Mai 2004 sind weitere Barrieren für Handel, Auslandsinvestitionen und die Migration von Arbeitskräften zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten beseitigt worden. Die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte der Gemeinschaft hat allerdings vielfältige Ängste in den alten Mitgliedsstaaten der EU geweckt.

Mit Hilfe eines Simulationsmodells hat das IAB die Effekte der Osterweiterung auf Produktion, Löhne und Beschäftigung in Deutschland untersucht.

Die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) wird in den alten Mitgliedsstaaten mit gemischten Gefühlen betrachtet: Unter anderem wird befürchtet, dass die Konkurrenz arbeitsintensiver Produkte auf den Gütermärkten, die Verlagerung von Kapital und die Zuwanderung von Arbeitskräften zu sinkenden Löhnen und steigender Arbeitslosigkeit führen.

Tatsächlich ist das Einkommensgefälle zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten sehr viel höher als in vergangenen Erweiterungsrunden: Gemessen in Kaufkraftparitäten betrug im Jahr 2005 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den acht neuen Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa (NMS-8)¹ gut die Hälfte des BIP der bisherigen Mitgliedsstaaten (EU-15). In Bulgarien und Rumänien, die zum 1. Januar 2007 beigetreten sind, beträgt es sogar nur rund ein Viertel (Eurostat 2006).

Aus handelstheoretischer Perspektive sind bei einer Integration von Ländern mit hohen Unterschieden in den Pro-Kopf-Einkommen und Faktorausstat-

tungen erhebliche Einkommensgewinne zu erwarten. Allerdings können die Unterschiede in den Faktorausstattungen auch zu sinkenden Löhnen und – bei Lohnrigiditäten – zu fallender Beschäftigung führen.

Vor diesem Hintergrund wird hier untersucht, welche Effekte die Osterweiterung für gesamtwirtschaftliche Produktion, Löhne und Beschäftigung in Deutschland hat. Zunächst wird die Entwicklung von Handel, Kapitalverkehr und Migration zwischen Deutschland und den neuen Mitgliedsstaaten dargestellt. Danach werden ihre Wirkungen mit Hilfe eines Simulationsmodells analysiert. Dabei liegen unterschiedliche Szenarien für die Entwicklung der Migration nach Einführung der Freizügigkeit zu Grunde.

¹ Am 1. Mai 2004 sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Malta und Zypern der EU beigetreten (vgl. Karte auf Seite 3). In diese Untersuchung werden nur die acht mittel- und osteuropäischen Länder einbezogen (NMS-8). Malta und Zypern wurden aufgrund ihrer geringen Größe nicht berücksichtigt.

Deutschland und die neuen Mitgliedsstaaten

Hohe Überschüsse bei Handels- und Leistungsbilanz

Der Außenhandel zwischen Deutschland und den NMS-8 hat sich nach der Erweiterung dynamisch entwickelt: Die Exporte Deutschlands in die NMS-8 sind von 56,2 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 64 Mrd. Euro im Jahr 2005 gestiegen, die Importe im gleichen Zeitraum von 55,3 auf 59 Mrd. Euro. Diese Entwicklung setzt einen langfristigen Trend fort: Seit 1993 ist der Außenhandel Deutschlands mit den NMS-8 um rund 500 Prozent gewachsen und hat inzwischen das Niveau des Handels mit den USA erreicht (Deutsche Bundesbank, 2006). Eine Abschwächung des dynamischen Wachstumstrends ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

Seit der Erweiterung verzeichnet Deutschland im Handel mit den NMS-8 hohe Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse: Der Saldo der Handelsbilanz belief sich 2005 auf rund 5 Mrd. Euro, der Saldo der Leistungsbilanz, der auch den Handel von Dienstleistungen einschließt, auf 2,7 Mrd. Euro. Im Jahr 2006 dürften – nach den vorliegenden Angaben aus den ersten drei Quartalen – die Überschüsse der Handels- und Leistungsbilanz deutlich gestiegen sein.

Keine Billiglohnkonkurrenz auf den Gütermärkten

Der Wert der Güter und Dienstleistungen, die Deutschland in die neuen Mitgliedsstaaten ausführt, übersteigt damit deutlich die Werte der eingeführten Güter und Dienstleistungen. Per Saldo kann also von einer Verlagerung der Wertschöpfung in die neuen Mitgliedsstaaten keine Rede sein. Dennoch könnte sich ein Druck auf Löhne und Beschäftigung in Deutschland ergeben, wenn überwiegend arbeitsintensive Güter eingeführt und kapital- und humankapitalintensive Güter ausgeführt würden. Dies wird durch empirische Analysen der Warenstruktur des Handels jedoch nicht bestätigt (vgl. Boeri/Brücker 2001; Untiedt et al. 2006).

Die komparativen Vorteile Deutschlands in technologie- und humankapitalinten-

siven Gütergruppen sind über die Zeit ebenso abgeschmolzen wie die komparativen Nachteile in arbeitsintensiven Warengruppen. Gleichzeitig sind die Anteile des intra-industriellen Handels, also des Handels innerhalb der gleichen Warengruppen, über die Zeit deutlich gestiegen.

Auch haben sich die Stückpreise – ein Indikator für die Kapital- und Humankapitalintensität der Produktion – im Zeitverlauf angenähert. Diese Befunde sprechen dafür, dass die neuen Mitgliedsstaaten handelbare Güter inzwischen mit ähnlichen Technologien wie die alten Mitgliedsstaaten der EU herstellen, so dass die Warenstruktur des Außenhandels allenfalls eine marginale Änderung der Preise auf den Gütermärkten bewirken dürfte. Damit ergibt sich durch den Handel mit den NMS-8 auch kein substantieller Druck auf die Preise an den Faktormärkten, also auf Löhne und Beschäftigung.

Kapitalexporte in die Beitrittsländer

Angesichts der Unterschiede in der Ausstattung mit Kapital und bei den Löhnen sind Kapitalexporte von Deutschland in die NMS-8 zu erwarten. Tatsächlich exportiert Deutschland Kapital in die NMS-8, allerdings sind diese Exporte moderat.

Von 1993 bis zum 3. Quartal 2006 belief sich der kumulative Saldo der Kapitalbilanz von Deutschland gegenüber den NMS-8 auf 18,6 Mrd. Euro oder 1,3 Mrd. Euro p.a. Der kumulative Saldo der Direktinvestitionen war im gleichen Zeitraum mit 36,9 Mrd. Euro oder 2,6 Mrd. Euro p.a. etwas höher (Deutsche Bundesbank, 2006).

Die Nettokapitalexporte dürften zu niedrig sein, um in einer offenen Volkswirtschaft wie Deutschland die Zinssätze und damit die Faktoreinkommen zu beeinflussen. Auch spricht das Volumen der Direktinvestitionen mit einem Anteil von 0,1 Prozent des BIP und von 0,6 Prozent der Bruttoanlageinvestitionen nicht dafür, dass in erheblichem Umfang Investitionen von Deutschland in die NMS-8 verlagert wurden.

Moderate Nettozuwanderung seit der Erweiterung

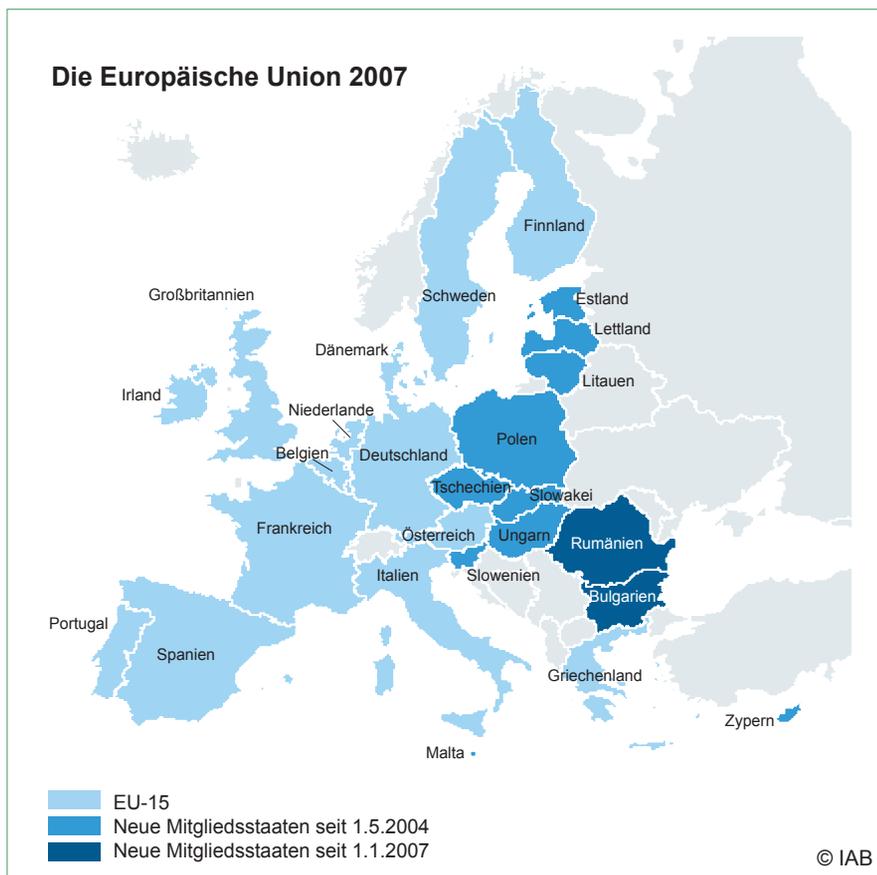
Bei der Osterweiterung der EU wurden Übergangsregelungen für die Freizügigkeit und für Teile des Dienstleistungshandels vorgesehen – anders als für Handel und Kapitalverkehr. Deutschland hat diese Übergangsregelungen für die ersten zwei Jahre nach der Erweiterung in Anspruch genommen und zunächst für weitere drei Jahre bis 2009 verlängert. Maximal können die Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis 2011 ausgedehnt werden.

Insgesamt verlief die Nettozuwanderung aus den NMS-8 nach Deutschland seit der Erweiterung moderat: Im Jahr 2005 sind im Saldo 63.000 und im Jahr 2004 36.000 Personen zugewandert.² Dies ist deutlich weniger als bei Einführung der Freizügigkeit in allen Mitgliedsstaaten der EU-15 zu erwarten gewesen wäre: Von den meisten Studien wurde bei Freizügigkeit für die Jahre 2004 und 2005 eine Nettozuwanderung aus den NMS-8 nach Deutschland zwischen 180.000 und 280.000 Personen prognostiziert (Alvarez-Plata et al. 2003; Boeri/Brücker 2001).

Allerdings hat die selektive Anwendung der Übergangsfristen zu einer Umlenkung der Migrationsströme geführt, und zwar nach Großbritannien und Irland, die ihre Arbeitsmärkte für Zuwanderer aus den NMS-8 geöffnet haben. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung aus den NMS-8 in der EU-15 im Jahr 2004 um 145.000 Personen³ und im Jahr 2005 um rund 240.000 Personen gewachsen. Vor der Osterweiterung wurde das Migrationspotenzial von vielen Studien im Falle einer Einführung der Freizügigkeit in der EU-15 höher prognostiziert.

² Für Arbeitnehmer aus den NMS-8 besteht eine Reihe von Möglichkeiten für die Zuwanderung: Unter anderem durch Familienzusammenführung, als Programmmitarbeiter in der Landwirtschaft und anderen Sektoren und durch andere Formen der reglementierten Arbeitsmigration.

³ Das Statistische Bundesamt hat im Jahr 2004 eine statistische Revision in der Ausländerstatistik vorgenommen, so dass die Zahlen nicht mit dem Vorjahr vergleichbar sind. Bei einer Korrektur für diese statistische Revision dürfte das Wachstum der ausländischen Bevölkerung aus den NMS-8 in der EU-15 im Jahr 2004 etwa um rund 60.000 Personen höher ausgefallen sein.



Arbeitsmarktzugang und Arbeitslosigkeit

Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Migranten aus den NMS-8 ist stark reglementiert – u.a. durch die seit längerem bestehende Saisonarbeiterregelung. Dies hat dazu geführt, dass die Erwerbstätigen aus den NMS überdurchschnittlich oft in Sektoren mit hohen Arbeitslosigkeitsrisiken beschäftigt sind. Dazu gehören insbesondere die Landwirtschaft, aber auch Sektoren wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Immobilien- und Hausverwaltungssektor sowie andere einfache Dienstleistungstätigkeiten.

Häufig öffnet der reglementierte Zugang für Saisonarbeitskräfte und andere Arbeitskräfte die Tür zu einer regulären Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung, die sich wiederum in der Beschäftigtenstruktur von Arbeitnehmern aus den NMS-8 niederschlägt. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Arbeitslosigkeit von Arbeitnehmern aus den NMS-8 überdurchschnittlich hoch ist: So war im Jahr 2006 die Erwerbstätigenquote der polnischen Bevölkerung in Deutschland rund 15 Prozentpunkte

unter derjenigen der deutschen Bevölkerung, während die Arbeitslosenrate mit 19,4 Prozent fast doppelt so hoch war. Demgegenüber ist die Arbeitslosenrate der Ausländer aus den NMS-8 in Großbritannien und Irland, die ihre Arbeitsmärkte geöffnet haben und keine sektoralen Regulierungen vornehmen, deutlich niedriger als die der einheimischen Bevölkerung.

Das Simulationsmodell

Die Wirkungen der EU-Osterweiterung werden hier in einem angewandten Gleichgewichtsmodell simuliert, das vom IAB zu diesem Zweck entwickelt wurde. Das Modell zeichnet sich u.a. durch folgende Eigenschaften aus:

Erstens werden Lohnrigiditäten berücksichtigt, so dass – im Unterschied zu vielen anderen Gleichgewichtsmodellen – auch die Effekte der Osterweiterung für die Arbeitslosigkeit untersucht werden können.⁴

Zweitens ist das Modell in sechs Wirtschaftsbereiche gegliedert (Landwirtschaft, Baugewerbe, Industrie, Dienst-

leistungen, Transport und Finanzen), so dass auch die sektoralen Wirkungen der Osterweiterung untersucht werden können.

Drittens wird – gestützt durch die empirischen Befunde zur Entwicklung des Handels – angenommen, dass sich die NMS-8 im Hinblick auf den Einsatz der Technologien und die Produktionsverflechtungen an die Verhältnisse in der EU-15 anpassen. Damit wird die Angleichung der Handelsstrukturen und Produktionsverflechtungen, wie sie sich bereits heute in der Außenhandelsstatistik niederschlägt, auch vom Modell reflektiert.

Simuliert werden die mittelfristigen Wirkungen von Handel, Kapitalverkehr und Migration in **drei Politikszenerien**, wobei der Ausgangszustand im Jahr 2001 mit den Ergebnissen der Szenarien im Jahr 2011 verglichen wird:

1. Fortsetzung des Status quo

Die mittel- und osteuropäischen Länder werden in die Güter- und Kapitalmärkte der EU integriert, aber Deutschland hält die Beschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit aufrecht. Die Zuwanderung verharrt deshalb auf dem durchschnittlichen Niveau seit Beginn der Osterweiterung, so dass die ausländische Bevölkerung aus den NMS-8 in Deutschland von 453.000 Personen im Jahr 2006 auf 729.000 Personen im Jahr 2011 wächst. Durch die Beschränkung der Freizügigkeit bleibt die Verteilung der Arbeitskräfte aus den NMS-8 auf die Sektoren konstant, d.h. es besteht weiter eine starke Konzentration auf die Landwirtschaft.

2. Freizügigkeit für die NMS-8

Die mittel- und osteuropäischen Länder werden in die Güter- und Kapitalmärkte der EU integriert und es wird zusätzlich die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die

⁴ Das Modell spezifiziert die Lohnrigiditäten in Form einer Lohnkurve, d.h. es wird davon ausgegangen, dass steigende Arbeitslosigkeit zu sinkenden Löhnen führt und umgekehrt. Allerdings reagieren die Löhne nicht vollkommen elastisch auf eine Veränderung der Arbeitslosenrate. Für die Elastizität zwischen Lohnsatz und Arbeitslosigkeit wurde der empirisch gestützte Wert von -0,1 herangezogen (Bellmann/Blien 2001).

acht neuen Mitgliedsstaaten eingeführt. Durch Einführung der Freizügigkeit für die NMS-8 steigt die ausländische Bevölkerung aus den NMS-8 in Deutschland bis zum Jahr 2011 auf 1,458 Millionen Personen. Gleichzeitig nähert sich die Sektorstruktur der Beschäftigung von Arbeitskräften aus den NMS-8 der von einheimischen Arbeitskräften und von EU-15-Ausländern an.

3. Freizügigkeit für die NMS-10⁵

Die mittel- und osteuropäischen Länder werden in die Güter- und Kapitalmärkte der EU integriert und die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die NMS-8 sowie zusätzlich für Bulgarien und Rumänien wird eingeführt. Dadurch wächst die ausländische Bevölkerung aus den NMS-10 in Deutschland von 579.000 Personen im Jahr 2006 auf 1,842 Millionen Personen im Jahr 2011. Zugleich ändert sich die Sektorstruktur der Beschäftigung.

Die Szenarien für die Arbeitnehmerfreizügigkeit beruhen auf der Studie von Alvarez-Plata et al. (2003), die im Mainstream der einschlägigen Schätzungen des Migrationspotenzials liegt. Allerdings unterstellt die Studie die gleichzeitige Einführung der Freizügigkeit in der gesamten EU-15. Durch die Umlenkung der Migrationsströme nach Großbritannien und Irland dürfte der tatsächliche Umfang der Zuwanderung in Deutschland geringer ausfallen, so dass diese Szenarien eher die obere Grenze der wahrscheinlichen Migrationsentwicklung markieren.

Ferner wurde in den Szenarien angenommen, dass die Importe aus der erweiterten EU real um 3 Prozent, die Exporte in die erweiterte EU real um 2 Prozent zunehmen, die Nettokapitaltransfers um 14 Prozent aufgrund der Angleichung der Faktorausstattungen zurückgehen und die Preise für landwirtschaftliche Güter durch die Integration der NMS in die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) um 2 Prozent sinken. Schließlich steigt durch die Osterweiterung der Beitrag Deutschlands zum EU-Haushalt um 8,4 Prozent.

Alle Simulationsergebnisse in den folgenden Abschnitten stehen unter dem Vorbehalt, dass sie nur unter den Annahmen des Modells gelten und die reale Entwicklung von diesen Annahmen auch abweichen kann. Es bleibt folglich eine gewisse Unsicherheit über die tatsächlichen Effekte der EU-Osterweiterung.

Gesamtwirtschaftliche Effekte in Deutschland

Hohe Wohlfahrtsgewinne durch Handel und Kapitalverkehr

Die Beseitigung der Barrieren für Handel und Kapitalverkehr und der Aufholprozess der neuen Mitgliedsländer wirken in allen drei Szenarien gleich: In Deutschland steigen die gesamtwirtschaftliche Produktion – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – und die Löhne, während die Arbeitslosenrate sinkt. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion erklärt sich durch den Rückgang der Transaktionskosten für Handel und Kapitalverkehr, die zu höherem Handel, einer weiteren Spezialisierung und einer Steigerung der Produktivität führen. Von der Ausweitung des Handels und des Kapitalverkehrs profitieren alle Faktor-

einkommen, allerdings steigen die Kapitaleinkommen stärker als die Löhne.

In dem Status quo-Szenario, das eine Beibehaltung der Übergangsregelungen bis zum Jahr 2011 und folglich nur eine geringe Zuwanderung aus den NMS-8 unterstellt, steigt durch die Osterweiterung das reale BIP um 1,02 Prozent, die Löhne um 0,78 Prozent und die Beschäftigung um 1,14 Prozent. Aufgrund der positiven Effekte der Erweiterung sinkt die Arbeitslosenrate um etwa 0,6 Prozentpunkte (vgl. *Tabelle 1, Szenario 1*).

Freizügigkeit erhöht BIP und Beschäftigung in Deutschland

Bei einer Einführung der Freizügigkeit für die NMS-8 würde das BIP um 1,33 Prozent und damit um rund 0,3 Prozentpunkte stärker wachsen als bei einer weiteren Anwendung der Übergangsfristen für die Freizügigkeit. Auch die Beschäftigung würde mit 1,6 Prozent stärker als bei einer Fortsetzung des Status quo steigen (vgl. *Tabelle 1, Szenario 2*). Im Falle einer zusätzlichen Einführung der Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien würden das BIP mit 1,44 Prozent und die Beschäftigung mit 1,76 Prozent noch stärker zunehmen (*Szenario 3*).

Tabelle 1

Simulation der gesamtwirtschaftlichen Effekte der EU-Osterweiterung bis 2011 in Deutschland			
	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
	Veränderung gegenüber Basisjahr (2001) in Prozent		
Bruttoinlandsprodukt	1,02	1,33	1,44
Privater Konsum	1,27	1,50	1,59
Investitionen	1,18	1,47	1,55
Staatsverbrauch	0,48	0,66	0,73
Löhne	0,78	0,55	0,49
Beschäftigung	1,14	1,60	1,76
Exporte in die EU-25	3,00	3,46	3,63
Exporte in den Rest der Welt	1,47	1,94	2,11
Importe aus der EU-25	3,55	3,82	3,90
Importe aus dem Rest der Welt	1,68	1,95	2,04
	Veränderung gegenüber Basisjahr in Prozentpunkten		
Arbeitslosenquote	-0,64	-0,48	-0,39

Quelle: Eigene Berechnungen. Vgl. Text zu den Annahmen der Simulationen.

⁵ NMS-10 = NMS-8 plus Bulgarien und Rumänien.

Lohnwachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit bei Freizügigkeit geringer

Unter realistischen Annahmen über die Reaktion von Löhnen und Arbeitslosigkeit auf die Ausweitung des Arbeitsangebotes durch Migration führt die Einführung der Freizügigkeit zu einem etwas geringeren Lohnwachstum und einem ebenfalls etwas geringeren Rückgang der Arbeitslosenquote: So würde das Lohnwachstum von 0,78 Prozent im Falle einer Fortsetzung des Status quo zurückgehen auf 0,55 Prozent bei Einführung der Freizügigkeit für die NMS-8 und auf 0,49 Prozent bei Einführung der Freizügigkeit für die NMS-10. Die Arbeitslosenquote würde unter Status quo-Bedingungen um 0,64 Prozentpunkte sinken, bei einer Einführung der Freizügigkeit für die NMS-8 um 0,48 Prozentpunkte und bei Einführung der Freizügigkeit für die NMS-10 um 0,39 Prozentpunkte.

Positive Arbeitsmarkteffekte durch Veränderung der Sektorstruktur bei Freizügigkeit

Die Einführung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den NMS-8 hat zwei Effekte für den Arbeitsmarkt: Erstens weitet sich das Arbeitsangebot aus und zweitens verschiebt sich durch Abschaffung des reglementierten Arbeitsmarktzugangs die Sektorstruktur der Beschäftigung. Der erste Effekt dämpft – bei Annahme einer Lohnkurve – sowohl den Anstieg der Löhne als auch den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der zweite Effekt führt zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Aufgrund der Annahme einer vergleichsweise hohen Zuwanderung dominiert der erste Effekt in den Modell-Szenarien den zweiten. Fällt aber die Zuwanderung aus den NMS etwa aufgrund der Umlenkung nach Großbritannien und Irland deutlich geringer aus als hier unterstellt, kann die Einführung der Freizügigkeit auch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Status quo-Szenario bewirken.

Tabelle 2

Simulation der sektoralen Beschäftigungseffekte der EU-Osterweiterung bis 2011 in Deutschland			
	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
	Veränderung gegenüber Basisjahr (2001) in Prozent		
Landwirtschaft	0,06	-1,34	-1,22
Industrie	1,56	2,16	2,37
Energie	0,24	0,43	0,52
Handel	0,89	1,53	1,76
Baugewerbe	1,24	1,60	1,70
Dienstleistungen	0,99	1,47	1,65
Finanzdienstleistungen	0,66	1,00	1,13

Quelle: Eigene Berechnungen. Vgl. Text zu den Annahmen der Simulationen.

Gewinne für Industrie und Bauwirtschaft, Verluste für die Landwirtschaft

Die mit der EU-Erweiterung zusammenhängenden Handelseffekte wirken unterschiedlich auf die Sektoren der deutschen Wirtschaft. Während der Agrarsektor zunehmend unter Druck gerät, können Industriesektor und Bausektor von den handelsbedingten Effekten profitieren. Der Dienstleistungssektor hingegen gewinnt insbesondere in den Szenarien mit Arbeitnehmerfreizügigkeit (vgl. **Tabelle 2**).

Durch die Fortschreibung der Übergangsregelungen zur Freizügigkeit wird der Druck auf den Agrarsektor weiter verstärkt. Gründe hierfür sind erstens die Integration der NMS-8 in die gemeinsame Agrarpolitik der EU, zweitens der Preisdruck aufgrund der generellen Senkung der Handelsbarrieren und drittens die fortlaufende Migration, die vorwiegend im Agrarsektor das Arbeitsangebot erhöht.

Die positive Entwicklung im Bausektor kann nur in Zusammenhang mit der Analyse des Kapitalverkehrs erklärt werden. Durch die Verbesserung der Kapitalverkehrsbilanz steigen die Investitionen in Deutschland und damit auch die Bauinvestitionen. Der Bausektor kann sich dadurch von der bereits im Vorfeld des Betrachtungszeitraums eingetretenen Verschlechterung der Kapitalverkehrsbilanz zumindest teilweise erholen.

Der Industriesektor wiederum profitiert einerseits von den Handelseffekten aufgrund des hohen Anteils dieses Sektors

an den Gesamtexporten Deutschlands, andererseits durch die Zuwanderung von Arbeitskräften, die es ermöglichen, den integrationsbedingten Nachfragezuwachs zu bedienen. Hierdurch wird einerseits die Leistungsbilanz Deutschlands verbessert, andererseits wird durch die Verknüpfung der Sektoren über Vorleistungen dieser positive Impuls auch auf andere Sektoren übertragen. Hiervon profitiert insbesondere der Dienstleistungssektor, der zudem eine hohe Beschäftigungszunahme durch die Zuwanderung aus den NMS verzeichnet.

Fazit

Die EU-Osterweiterung führt in diesem Simulationsmodell insgesamt zu erheblichen Wohlfahrtsgewinnen für die deutsche Volkswirtschaft – unter realistischen Annahmen über die Arbeitsmärkte und die Effekte der Integration für Handel, Kapitalverkehr und Migration. Vor allem bewirkt die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Güter- und Kapitalmärkte der Union einen Anstieg von Handel und Kapitalverkehr, eine verstärkte Spezialisierung und mithin einen Anstieg von Produktivität und gesamtwirtschaftlicher Produktion.

Dabei wurde der Handel mit Vorleistungen in das Modell einbezogen. Damit werden auch neue Phänomene der internationalen Arbeitsteilung wie „Outsourcing“ berücksichtigt. Vom gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg profitieren alle Produktionsfaktoren. Die

Osterweiterung dürfte also insgesamt auch einen Anstieg der Löhne und einen Rückgang der Arbeitslosenrate bewirken. Allerdings steigen die Kapitalrenditen stärker als die Löhne.

Die Einführung der Freizügigkeit zeitigt ambivalente Effekte. Zunächst trägt sie erheblich zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Sie würde den durch Handel und Kapitalverkehr bedingten Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um mehr als ein Drittel erhöhen. Davon würde insbesondere die Industrie profitieren, die das Handelspotenzial durch Zuwanderung weiter ausschöpfen kann.

Allerdings fällt unter realistischen Annahmen über Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt der Rückgang der Arbeitslosenrate etwas geringer aus als ohne Zuwanderung. Auch ergeben sich in einzelnen Sektoren sinkende oder weniger stark steigende Löhne. Davon sind insbesondere die Bauwirtschaft, der Handel und – in geringerem Umfang – auch die Dienstleistungen betroffen.

In der Landwirtschaft sind durch die Integration der NMS in die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) ohnehin die Preise gesunken. Dort dürften bei der Einführung der Freizügigkeit viele Arbeitskräfte in andere Sektoren mit höheren Löhnen und besseren Beschäftigungsaussichten abwandern.

In den Szenarien mit Arbeitnehmerfreizügigkeit wurde eine recht hohe Zuwanderung unterstellt. Durch die Umlenkung der Migrationsströme nach Großbritannien und Irland könnte aber die tatsächliche Zuwanderung nach Deutschland deutlich geringer ausfallen. In diesem Falle dürfte die Einführung der Freizügigkeit die positiven Arbeitsmarkteffekte sogar verstärken, weil sich eine günstigere sektorale Verteilung der Zuwanderung ergibt.

Die Einführung der Freizügigkeit erhöht in der erweiterten EU das BIP und senkt die Arbeitslosigkeit. Insofern führt eine Aussetzung der Freizügigkeit während der Übergangsfristen aus Europäischer Perspektive zu Wohlfahrtsverlusten. In Deutschland würde bei Einführung der Freizügigkeit das BIP erheblich steigen. Allerdings würde der Rückgang der Arbeitslosigkeit etwas gedämpft.

Angesichts der generellen Beschäftigungsgewinne Deutschlands durch die Osterweiterung ist eine Beibehaltung der Beschränkungen gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten schwer zu rechtfertigen. Der Gemeinsame Binnenmarkt kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn einzelne Länder vermeintliche Schattenseiten der Integration zu umgehen suchen.

Schließlich spricht ein konjunkturelles Argument für eine rasche Öffnung: Im Aufschwung können zusätzliche Arbeitskräfte leichter als im Abschwung absorbiert werden. Während die konjunkturelle Lage für die Einführung der Freizügigkeit gegenwärtig recht günstig ist, kann heute die wirtschaftliche Situation im Jahr 2011 nicht eingeschätzt werden. Es bietet sich deshalb an, die Öffnung des Arbeitsmarktes nicht auf das Jahr 2011 zu verschieben. Gegen eine unerwartet hohe Zuwanderung könnte der deutsche Arbeitsmarkt während der Übergangsfristen durch eine Quote oder eine Sicherungsklausel geschützt werden.

Literaturverzeichnis

Alvarez-Plata, P., Brücker, H., Siliverstovs, B. (2003): Potential Migration from Central and Eastern Europe into the EU-15 – An Update, Report for the European Commission, DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Brüssel.

Bellmann, L., Blien, U., (2001): Wage Curve Analyses of Establishment Data from Western Germany. *Industrial and Labor Relations Review*. 54 (4), 851-863.

Boeri, T., Brücker, H. et al. (2001): The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States, Report for the European Commission, DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Brüssel.

Deutsche Bundesbank (2006): Zahlungsbilanzstatistik, www.dbk.statistik, 13.11.2006.

Eurostat (2006): Bruttoinlandsprodukt in KKS, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>, 20.11.2006.

Untiedt, G., Alecke, B., Baas, T., Biffel, G., Brücker, H., Fritz, O., Gardiner, B., Hönekopp, E., Huber, P., Lamour, A., Mitze, T., (2006): Auswirkung der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten, Endbericht des Projektes 33/05, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin.

Impressum

IAB Kurzbericht
Nr. 6 / 14.3.2007

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
IAB Bestellservice
c/o IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Fax: 01804 00 38 66
e-Mail: iab@ibro.de

IAB im Internet: <http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Timo Baas, Tel. 0911/179-2984
Dr. Herbert Brücker, Tel. 0911/179-3807
Elmar Hönekopp, Tel. 0911/179-3091
oder e-Mail: vorname.name@iab.de

ISSN 0942-167X